

Federf.: Schulausschuss

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat		15.12.2005	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Resolution zur Beibehaltung der Grundschulbezirke

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Der Rat der Stadt Gladbeck fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dazu auf, die Pläne zur Abschaffung der Grundschuleinzugsbezirke fallen zu lassen und diese, wie bisher, beizubehalten.

Die CDU/FDP Landesregierung in Nordrhein-Westfalen plant, die Schuleinzugsbezirke für Grundschulen abzuschaffen. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP heißt es hierzu: „Die Koalition der Erneuerung strebt für die Schulen und Berufskollegs eine planbare und geordnete Abschaffung der Schuleinzugsbezirke an. Bis 2008 erhalten Kommunen hierzu eine Übergangszeit zur Vorbereitung auf eine veränderte Schulentwicklungsplanung.“

Der Rat der Stadt Gladbeck wendet sich wohlbegründet gegen das Ziel von CDU und FDP, die Grundschuleinzugsbezirke abzuschaffen. Die Abschaffung der Schuleinzugsbezirke in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden wird keine Verbesserung im Schulwesen bringen, sondern neue und für die Kommunen große Probleme erzeugen. Auch eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2008 ist nicht geeignet, diesen Problemen entgegen zu wirken.

Denn: Nicht zuletzt würde eine Beseitigung der Grundschuleinzugsbezirke äußerst schädlich für die örtliche Integrationspolitik sein. Gerade die Grundschuleinzugsbezirke bieten eine Gewähr dafür, dass gesellschaftliche Differenzierungen und soziale Gräben durch die Wahl der Schule nicht unterstützt werden, sondern vielmehr Kinder aus einem Grundschuleinzugsbezirk den räumlichen und nachbarschaftlichen Verhältnissen entsprechend gemeinsam zur Schule gehen.

Die in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Beseitigung der Schuleinzugsbezirke wird die Städte und Gemeinden mit nicht lösbaren Problemen konfrontieren. Es ist im Übrigen auch ein Vorschlag, der in den Städten und Gemeinden langzeitliche Integrationsbemühungen konterkarieren wird.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Gladbeck beschließt die nachfolgende Resolution zur Beibehaltung der Grundschuleinzugsbezirke und übermittelt diese an die Landesregierung.

In der Sitzung des

⊠ _____-Ausschusses

⊠ Rates

⊠ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: